

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

60

März 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso 
revolutionär sozialistische organisation

FEMINISMUS

**Panzer statt Frauenhäuser?
Heraus zum feministischen
Kampftag!**

Seite 2

MILITARISIERUNG

- Wie der Schulstreik organisiert wird
- Ein „olivgrünes Wirtschaftswunder“?

ab Seite 4

INTERNATIONAL

- Trumps USA – eine faschistische Diktatur?
- Hände weg vom Iran!

ab Seite 6

ÖSTERREICH

„Feldverwendungsfähig“

Seite 9

AUS DEN BETRIEBEN

**Tarifrunde der Länder –
kampflos in die Nullrunde**

Seite 10

REZENSION

- Das Ereignis
- Die Stimme von Hind Rajab

Seite 11



Der Imperialismus marschiert – Zeit, sich dagegen zu organisieren!

Nach dem Überfall auf Venezuela Anfang des Jahres hat Trump nun eine weitere Drohung in die Tat umgesetzt: Mit Hilfe des treuen US-Vasallen Israel hageln nun Bomben auf den Iran, das Regime antwortet mit Vergeltungsschlägen. Dass der Imperialismus keine Freiheit bringt, sondern Tod und Krieg, zeigt sich wieder eindrücklich. Auch hierzulande treiben die Herrschenden die Militarisierung weiter voran, um endlich auch wieder eine Rolle im imperialistischen Weltgeschehen zu spielen. Uns versucht man, diese Politik schmackhaft zu machen, indem man uns verspricht, dadurch Arbeitsplätze und Wohlstand zu retten. Doch da machen wir nicht kampfflos mit! Bundesweit organisieren sich Schüler:innen für den bevorstehenden Schulstreik am 5.3., um Wehrpflicht und Militär eine Absage zu erteilen. Aber auch am kommenden Feministischen Kampftag, dem 8.3., müssen wir der ak-

tuellen Politik gleich eine weitere Absage erteilen – denn wir wollen Freiheit und Gleichberechtigung, keine Panzer und Kriegsprofite.

Was Krieg und Patriarchat anrichten, zeigen uns auch eindrücklich die Werke „Die Stimme von Hind Rajab“ und „Das Ereignis“. Und auch wenn die Tarifrunde der Länder enttäuschend war, gilt es, für unsere Rechte auch im Betrieb weiterzukämpfen.

Aber nicht nur in Deutschland wird aufgerüstet: Österreich diskutiert über eine Verlängerung der Wehrpflicht, während Trump durch sein Vorgehen von den Protesten im Inneren ablenken will. Denn immer mehr Trump-Gegner sehen im Trump-Regime einen neuen Faschismus.

Am 5. 3. und 8. 3. heißt es auf die Straße, überall, gegen Imperialismus, Krieg und Patriarchat! ■

Panzer statt Frauenhäuser?

Heraus zum feministischen Kampftag gegen Kürzungen und Militarisierung!

Wenn wir am 8. März zum Internationalen Frauentag auf die Straße gehen, dann werden wir das wieder tun als Teil einer weltweiten Bewegung für die Rechte der Frauen und transgener Personen, gegen jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung. Wir werden auch für unsere Schwestern in Afghanistan auf der Straße sein, die – allein weil sie Frauen sind – systematisch entrechtet werden und Gewalt ausgesetzt sind. Und doch wissen wir, dass sie nicht aufgeben und kämpfen. Wir sind auch solidarisch mit unseren Schwestern im Iran, die seit dem Aufstand 2022 unter der Parole „Frau, Leben, Freiheit“ nicht mehr bereit sind, sich dem islamistischen und menschenfeindlichen Mullah-Regime unterzuordnen.

Diese standen auch wieder in der ersten Reihe des Aufstands, der Anfang dieses Jahres einen neuen Aufschwung genommen hat. Wir denken auch an unsere Schwestern in Gaza, die durch den Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung zusätzliche schwere Bürden zu tragen haben. Wir sind auch Teil der Kämpfe der Frauen in der Türkei, Indien und Mexiko der letzten Jahre gegen die sexistische Gewalt. Wir stehen an der Seite von Frauen wie Gisèle Pelicot in Frankreich, die mit klarer Haltung die patriarchale Gewalt anprangern, die noch immer den Staat und seine Institutionen sowie die gesamte Gesellschaft durchzieht. Sie hat ihren Vergewaltigern und dem System mutig ins Gesicht gesagt: „Die Scham muss die Seite wechseln.“ Und wir sind stolz auf die Zehntausenden Krankenschwestern in New York und Kalifornien, die kürzlich für bessere Löhne und eine eigene Krankenversicherung, sowie gegen die chronische Unterbesetzung gestreikt haben. Auch hier in Deutschland haben wir viele Gründe, weiterhin auf die Straße zu gehen und darüber hinaus.

Der 27. Februar symbolisiert dieses Jahr den Tag, bis zu dem Frauen in Deutschland de facto ohne Bezahlung gearbeitet haben, weil die Löhne für Frauen noch immer niedriger sind als die der Männer. Die Lohnlücke beträgt durchschnittlich 16 % und sie schließt sich kaum. Und nur wenig hat sich daran geändert, dass viele der Branchen und Berufe, in denen Frauen überwiegend arbeiten, noch immer zu den schlechter bezahlten mit prekären Arbeitsbedingungen gehören. Die Militarisierung geht einher mit

mehr Arbeitsbelastung und einer Einschränkung des Streikrechts (bei Krankenhäusern, der Deutschen Bahn und sogar bei den Kitas), was noch mehr Hürden bedeutet, um gleiche Löhne zu erkämpfen. Jeder Streik im Sozialen Bereich, in den Krankenhäusern, im Einzelhandel ist auch in dieser Hinsicht ein politischer Streik.

steckt werden, werden Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen geschlossen, wird Hilfe für Familien gestrichen, obwohl der Bedarf steigt. Es wird das Bürgergeld zusammengekürzt (vor allem für Alleinerziehende drohen neue harte Sanktionen!), es fehlt an Kita- und Hortplätzen und Personal, es bröckeln Krankenhäuser und andere Sektoren, in de-

» Der Kampf gegen die Kürzungen und für gleiche Löhne muss genauso klar gegen die Militarisierung gerichtet sein, selbst wenn sie uns als „feministische Außenpolitik“ verkauft wird. «

In unserem Kampf gegen Unterdrückung ist das System keine Hilfe!

Als Mädchen und Frau in Deutschland zu leben, heißt auch, sexistischer Gewalt ausgesetzt zu sein. 308 Femizide im Jahr 2024. Offiziell. Fast jede zweite Person in Deutschland ist schon einmal sexuell belästigt worden. Und auch hierzulande gibt es viele Gisèle Pelicots, die von Partnern oder Freunden betäubt, vergewaltigt und in Netzwerken zur Schau gestellt werden. Zu oft nimmt die Polizei die Gewalt an Frauen nicht ernst, werden Ermittlungen viel zu zögerlich aufgenommen. Auch hierzulande ist die Polizei von sexistischen Vorurteilen durchsetzt. Die Gewalt an Frauen hat so wenig Bedeutung, dass es bislang nicht einmal eine belastbare Statistik über Femizide gibt.

Und während alles in Richtung Aufrüstung gepumpt wird, hunderte Milliarden staatlicher Gelder und zig Tausende an Arbeitskräften in Rüstungsbetriebe ge-

nen FLINTA mehrheitlich beschäftigt sind. Jede Kürzung und jeder Mangel im öffentlichen Dienst erhöht damit auch die Belastung für Frauen: Weil dadurch die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden und weil Frauen noch immer den überwiegenden Teil der Care-Arbeit ableisten müssen. Diese Kürzungspolitik geht ungeschminkt mit einer Militarisierung einher, die daher ein Angriff auf uns alle ist!

Und während auf die ganze arbeitende Klasse, die Jugend und die Rentner:innen immer mehr Schläge einprasseln und die Sorgen zunehmen, verbreiten der Politikbetrieb – vor allem bei CDU, FDP und AfD – und deren Freunde in Medien und Konzernvorständen die Ideologie vom „Recht des Stärkeren“, von „Männlichkeit“ und „Unterwerfung des Gegners“. Es gehört genau in diese Normalisierung der Verrohung, wenn der Herausgeber des hetzerischen Medienimperiums „Welt“ kürzlich schrieb: „Im

Kriegsfall wird es die toxische Männlichkeit sein, die dieses Land verteidigt". Die Einführung der Wehrpflicht, die Normalisierung von Bundeswehr und Rüstungsindustrie im Alltag werden das patriarchale und sexistische Verhalten verstärken.

Ehe, Küche, Vaterland?! Unsere Antwort: Widerstand

Die Aktivist:innen, die sich dem Kampf für die Befreiung der Frau und aller Unterdrückten widmen, waren schon mehrmals in der Geschichte mit der Kriegstreiberei kapitalistischer Staaten konfrontiert. Das ist immer eine harte aber notwendige Probe, die die Frage aufwirft: Welches Ziel verfolgen wir wirklich in diesem Kampf? Während sich die bürgerlichen Feminist:innen vor dem Ersten Weltkrieg den Pazifismus auf den Fahnen schrieben, schlos-

sen sie sich mehrheitlich (darunter die Suffragetten in Großbritannien) bei Kriegsausbruch dem Burgfrieden ihrer jeweiligen Länder an. Damit war die Hoffnung verbunden, die Forderung nach einem Frauenwahlrecht nach dem Krieg als ihr „Verdienst“ durchsetzen zu können. Es war auch kein Zufall, dass manche lediglich bereit waren, nur das Wahlrecht für die wirtschaftlich besser situierten bürgerliche Frauen – nicht die Arbeiterfrauen – zu erkämpfen. Sie zeigten damit, dass ihrer Meinung nach die Befreiung der Frau doch im Rahmen eines kapitalistischen Staates erfolgen sollte.

Auch wenn die sozialistische Frauenbewegung sich angesichts der Herausforderungen des Ersten Weltkriegs gespalten hatte, so standen viele ihrer führenden Vertreter:innen wie Clara Zetkin,

Alexandra Kollontai oder Inès Armand von Anfang an klar und bedingungslos gegen den imperialistischen Krieg. Das war verbunden mit dem Verständnis, dass der Kampf für die Befreiung der Frauen und aller Unterdrückten mit dem Kampf der Arbeiter:innenklasse verknüpft ist. Sie machten klar, dass der feministische Kampf nicht nur um formelle Rechte geht, sondern dass es darum geht, die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit aller Frauen zu verändern. Und dafür kann es kein Vertrauen in die kapitalistischen Staaten geben – erst Recht nicht im Kriegsfall.

Einer der erste Schritte gegen die Barbarei des Ersten Weltkriegs war die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg in Bern im März 1915, auf der sich die sozialistischen Aktivistinnen aus mehreren Ländern versammelten. Im selben Jahr organisierten Arbeiter:innen eine Demonstration vor dem Reichstag gegen den Krieg und gegen die Kriegswirtschaft. Vor allem war es der Schrei der Arbeiterinnen von Sankt Petersburg für Brot und Frieden im Februar 1917, der den Beginn der russischen Revolution einläutete. Der russische Zar wurde durch diese Demonstrationen gestürzt. Das öffnete den revolutionären Weg raus aus dem imperialistischen Massaker.

Heute stehen wir nicht kurz vor einem Weltkrieg. Doch die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen werden mit der angeblichen russischen oder sogar chinesischen Gefahr und der „Notwendigkeit uns zu verteidigen“ gerechtfertigt. Es ist notwendig klar zu sagen, dass unser Kampf für die Befreiung kein Vaterland und auch kein kapitalistisches Lager kennt, denn wir kämpfen für die Befreiung aller FLINTA auf der Welt. Der Kampf gegen die Kürzungen und für gleiche Löhne muss genauso klar gegen die Militarisierung gerichtet sein, selbst wenn sie uns als „feministische Außenpolitik“ verkauft wird.

Heraus zum 8. März gegen Sexismus, Sparpolitik und Militarisierung! ■

Eva Ruth und Sabine Müller



Am 8. 3. 2025 in Wien

Wie der Schulstreik organisiert wird

Der Schulstreik am 5. 3. ist nach dem 5. 12. 2025 schon der zweite Streik gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Egal ob dieser Streiktag größer oder kleiner wird als der erste, das Entscheidende wird sein, Erfahrungen zu sammeln und sie zu nutzen, um langfristig eine Bewegung gegen Aufrüstung und Militarisierung aufzubauen.

Eine Idee, die von politischen Gruppen in die Bewegung eingebracht wurde, hat schon gewirkt: Vielen Schüler:innen ist ein Streikkomitee nun ein Begriff. Und diejenigen, die jetzt so eine Organisation auf die Beine stellen, werden später im

beruflichen Leben ihre Erfahrung wieder nutzen können! Bei allen Streiks ist es notwendig, gegenüber dem Druck der Gegenseite (ob Bosse oder ... Schulleitungen), die eigenen Kräfte zu bündeln. Dafür ist ein demokratisches Komitee un-

ersetzbar. Der nächste Schritt, wenn es an mehreren Schulen funktionierende Schulkomitees gibt, wäre eine Stadtvernetzung der Schulstreikkomitees ...

Bundesweite Streikkonferenz in Göttingen

Am Wochenende um den 14. 2. hat in Göttingen eine bundesweite Konferenz des Bündnisses „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ stattgefunden. 250 Schüler:innen und Unterstützer:innen sind dort zusammengekommen. In den inhaltlichen Diskussionen ging es auch um die Hintergründe der Kriegstreiberei und warum wir nicht nur gegen eine Wehrpflicht sind, sondern allgemein gegen Aufrüstung und Militarisierung. Neben den Debatten wurden auch die Erfahrungen des 5. 12. 2025 ausgetauscht, um zu lernen, was man diesmal noch besser machen kann. Für den 18. 4. ist eine nächste Konferenz in Essen geplant! ■

Der Schulstreik in Düsseldorf

Das Düsseldorfer Demo-Bündnis, an dem wir neben vielen anderen Organisationen beteiligt sind, trifft sich seit Januar alle 2 Wochen. Für die Zeit zwischen den Treffen läuft die Kommunikation über eine WhatsApp-Community. Wir hatten zusätzlich einen zentralen Termin zum Bannermalen und haben Material und Aufgaben für Flyern und Plakattieren verteilt.

An einer Schule konnte mit Unterstützung von Lehrer:innen eine Podiumsdiskussion zum Thema Wehrpflicht organisiert werden, die sehr gut besucht war.

Besonders gut ist es, dass es an mindestens drei Schulen örtliche Schulkomitees gibt, die offene Treffen abhalten, weitere sollen möglichst noch aufgebaut werden.

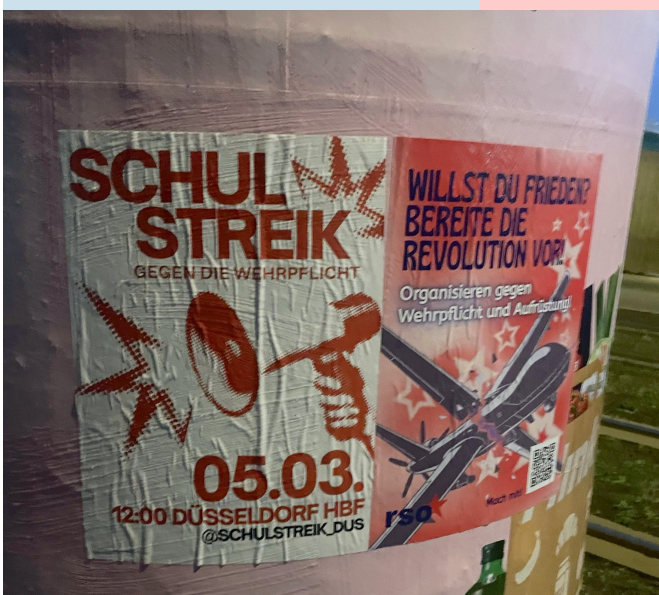
Die Demo beginnt bewusst erst um 12 Uhr, damit vorher schon Aktionen an Schulen stattfinden können, die

nochmal motivieren sollen sich anzuschließen. Und die Demoroute am 5. 3. läuft an vielen Schulen vorbei, um noch Schüler:innen abzuholen.

Auch an der Heinrich-Heine-Universität hat sich ein Komitee gegründet, dass u. a. mit Insta-Videos und -Posts aufklärt, weshalb das Thema Wehrpflicht auch Studis angeht.

Bei den Bündnistreffen haben wir uns auch über den Umgang mit Repression ausgetauscht, denn manche Schulleitungen versuchen bewusst einzuschüchtern. In Essen wurden am 5. 12. sogar Schulen von innen abgeschlossen, um den Schüler:innen eine Streikteilnahme unmöglich zu machen. Wir wollen Repression öffentlich thematisieren und niemand wird damit alleine gelassen. Die Teilnahme am Streik ist jedenfalls sehr viel sinnvoller und notwendiger als jedes andere „Schulschwänzen“. Für den 10. 3. ist ein Auswertungstreffen geplant. Denn die Bewegung wird nicht mit dem 5. 3. aufhören! ■

Korrespondentin Düsseldorf



Eindrücke aus Mannheim

Auch Mannheim ist am 5. 3. dabei. Am 5. 12. hatte es nur in der Schwesterstadt Ludwigshafen einen Schulstreik gegeben; dieses Mal mobilisieren die Lud-

wigshafener Schulen nach Mannheim. Nach anfänglichen Koordinierungsschwierigkeiten konnte sich auch in Mannheim ein Planungskomitee etablieren, an dem Schüler:innen von verschiedenen Schulen und Aktivist:innen verschiedener Organisationen teilnehmen. Die Mobilisierung erfolgte vor allem an den Schulen, an denen Schüler:innen

aus dem Umfeld des Planungskomitees sind. Wie groß der Streik wird, ist momentan noch schwer abzuschätzen. Infoabende zum Thema blieben teilweise schlecht besucht, was aber auch mit den gerade erst beendeten Ferien in BaWü zu tun haben kann. In jedem Fall ist es sieben Jahre nach den Fridays-for-Future-Streiks eine neue Chance für die Politisierung von Jugendlichen. ■

Korrespondent Mannheim

Schafft Militarisierung ein „olivgrünes Wirtschaftswunder“?

Die Militarisierung ist mit Kürzungen und Angriffen auf Sozialleistungen verbunden. Doch gleichzeitig verspricht die Regierung, dass die Aufrüstung die deutsche Wirtschaft und Arbeitsplätze retten könnte. Dieses Projekt findet auch bei der Gewerkschaft IG Metall Unterstützung. Doch stimmt das? Und welche Perspektiven für die Arbeiter:innen stecken hinter solchen Entwicklungen?

Schon im Koalitionsvertrag 2025 heißt es: „Wir prüfen, [...] wie die Umrüstung und Ertüchtigung vorhandener Werke für die Bedarfe der Rüstungsindustrie unterstützt werden kann.“ Seitdem gibt es vermehrt Ankündigungen, diese Pläne in die Tat umzusetzen, so etwa die Idee einer Nutzung der VW-Werke in Osnabrück durch Rheinmetall. Ein Plan, der auch bei der IG Metall Anklang fand. Wie so oft blieb es bisher aber bei Ankündigungen.

Solche Umwandlungen geschehen aber durchaus, so etwa die Übernahme des Eisenbahnwerks von Alstom in Görlitz durch KNDS, einem deutsch-französischen Rüstungsunternehmen. In Berlin-Wedding ist das Werk des Autozulieferers Pierburg zu militärischen Zwecken umgebaut worden und ist somit das erste Berliner Rüstungswerk seit Jahrzehnten. Trotz Unterstützung des dortigen Betriebsrats, der dies als Rettung von Arbeitsplätzen sieht, äußert sich die IG Metall in der Öffentlichkeit eher vorsichtig: Dieser „Kriegskeynesianismus“ könne sich nicht im großen Maßstab als Lösung erweisen. Darüber hinaus dauert der Umbau mehr als ein Jahr und stößt auf viele Proteste. Die

Die Perspektive einer Betriebsaktivistin bei Dassault

„Wir merken im Betrieb, dass der Anstieg der Produktion nicht auch einen parallelen Anstieg neuer Einstellungen bedeutet. Dieser neue Arbeitsrhythmus bedeutet jetzt manchmal mehr Arbeitsbelastung. Manche mögen es heuchlerisch finden, aber ich arbeite nicht aus Liebe für das Kriegsgeschäft. Doch in der Produktion haben wir nicht das Sagen, besonders in Regionen, wo Rüstungsindustrien große Arbeitgeber sind. Wir dürfen uns nicht scheuen, für bessere Bedingungen und bessere Löhne zu kämpfen! Gleichzeitig will ich den Kolleg:innen klar sagen, dass wir Nützlicheres schaffen könnten als Kriegsflugzeuge, etwa Löschflugzeuge, die so oft bei den immer häufiger werdenden Waldbränden fehlen!

Neuausrichtung von schwächelnden Industrien in Rüstungsbetriebe geschieht also in einem viel kleineren Maßstab, als die politischen Reden vermuten lassen. Der Großteil der Fabriken wird eher nach einem „dual use“-Prinzip umgestaltet. Zusätzlich steigt vor allem die Nachfrage im KI- und IT-Bereich - Firmen also, die nicht unbedingt umgewandelt werden müssen.

Die Profite und guten Wachstumsergebnisse der Rüstungsindustrie (25 %

soziale Kahlschläge durchzuführen. Das Ziel des deutschen Imperialismus, einen europäischen Block zu schaffen, verläuft aber nicht konfliktfrei: So kam es bei dem gemeinsamen Kampfflugzeugprojekt zwischen der französischen Firma Dassault und der deutschen Airbus Gruppe zu Konflikten, und die Produktion zweier Flugzeugmodelle könnte die Folge sein.¹ Ein Konflikt, bei dem die IG Metall die Interessen ihrer Bosse bei Airbus brav gegen die französischen Konkurrenten verteidigt.

»» Das Kalkül des deutschen Imperialismus ist es, in erster Linie seine Stellung in der Weltordnung zu behaupten. Umso notwendiger ist es, den Mythos vom „olivgrünen Wirtschaftswunder“ anzugreifen. ««



Wachstum dieses Jahr für Rheinmetall) stehen auch im Zusammenhang mit der Politik des deutschen Imperialismus. Denn seit Trumps Wiederwahl 2025 versucht Deutschland, sich von seiner amerikanischen Abhängigkeit zu befreien und hat sich vorgenommen, vermehrt europäisches Kriegsgerät zu nutzen. So wird die Nachfrage direkt vom Staat geschaffen und das mit dem Sondervermögen: Steuern und Schulden fließen massenhaft in die Rüstung, was dann als Rechtfertigung genommen wird, um

Das Kalkül des deutschen Imperialismus ist es, in erster Linie seine Stellung in der Weltordnung zu behaupten. Umso notwendiger ist es, den Mythos vom „olivgrünen Wirtschaftswunder“ anzugreifen, der darauf abzielt, einen Teil der Arbeiter:innenklasse mithilfe der Gewerkschaftsbürokratie für die Aufrüstung einspannen zu können. ■

Eva Ruth, Hamburg

¹ www.hartpunkt.de/fcas-ig-metall-bricht-mit-dassault-und-will-zwei-kampffjets/

Trumps USA – eine faschistische Diktatur?

Ein immer mächtigerer Staatsapparat und Bundesbeamte, die Menschen auf offener Straße erschießen, das ist die aktuelle Realität in den USA. Immer mehr Menschen sprechen von „Faschismus“, wenn sie das Trump-Regime beschreiben. Doch trifft das zu?

In Deutschland wird unter Faschismus meist Hitlers Naziregime verstanden. Doch Faschismus ist nicht auf seine historischen Erscheinungsformen beschränkt, die bereits erhebliche Unterschiede aufweisen. Entscheidend sind die jeweiligen gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen faschistische Kräfte erstarken. Die USA etwa stehen heute als globaler Hegemon der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung unter wachsendem Druck durch China. Dessen Aufstieg verschärft erneut den Wettkampf der Nationalstaaten untereinander, da China nicht länger bloße Werkbank der Welt sein will, sondern eigene Ambitionen verfolgt. Zugleich verlieren die USA zunehmend ihre Fähigkeit, als verlässliche Weltpolizei aufzutreten. Diese Destabilisierung begann jedoch nicht erst mit der Trump-Regierung. Wirtschaftlich zeigen sich internationale Schwierigkeiten, Profitraten zu sichern, was spekulative Finanzstrategien begünstigt und riskantere militärische Einsätze attraktiver erscheinen lässt.

an die herrschende Klasse, um Amerika als globalen Hegemon zu bewahren. Die großen Techkonzerne geben dabei den Ton an, hatten sie doch schon von Anfang an eine innere Tendenz, sich vom Liberalismus zu lösen. Sie haben Trump durch gewaltige Spenden zum Wahlsieg verholfen. Ihre technokratischen Vorstellungen sind nicht inhärent faschistisch, aber äußerst kompatibel mit Trumps Zentralisierung aller staatlichen Macht. Bestes Beispiel ist dafür der Milliardär Peter Thiel, der mächtige U.S. Politiker wie den US-Vize J.D. Vance in der Tasche hat. Thiel ist unter anderem CEO des berühmten Überwachungs- und Datensammelungsunternehmens Palantir, welches zusammen mit der CIA gegründet wurde. Palantir bietet seine Dienste auch der Deutschen Regierung an. Dabei sagt Thiel öffentlich: „Wir sind eine zu kleine Minderheit, um durch Wahlen zu erhalten, was wir wollen. Technologie ist unsere Alternative zu Politik“. „Das Ziel ist es immer ein Monopol zu erreichen und Wettbewerb zu vermeiden, wenn du gewinnen willst“.

Trumps Krieg gegen die Arbeiter:innenklasse

Wie drückt sich Trumps Krieg im Inneren aus? Während er zahlreiche öffentliche Behörden schließt, baut er seinen Repressionsapparat aus. Die Migrationsbehörde ICE, welche schon längst als bewaffnetes Ausführungsorgan der Regierung eingesetzt wird um die Bevölkerung zu terrorisieren, soll auch bei den kommenden Midterm-Wahlen zur Bedrohung der Wähler:innen eingesetzt werden. Die Techkonzerne unterstützen durch umfangreiche Datenerfassung und deren Einordnung in Echtzeit direkt die Repression von Feinden der Trump Regierung. Die Regierung baut im ganzen Land Internierungslager. Diese sollen zwar nicht direkt zur industriellen Vernichtung von inneren Feinden verwendet werden, sehr wohl aber um die Deportationszahlen zu maximieren. Man sollte sich jedoch daran erinnern, dass der Genozid an über sechs Millionen Jüd:innen und anderen inneren Feinden Nazideutschlands auch nicht in den ersten Jahren des Regimes stattfand.

»» Diese Entwicklungen sind international, aber zeigen sich besonders im Herzen der Bestie. Ein Imperium gibt seine Macht nicht freiwillig ab, auch nicht das amerikanische. ««

Trumps Amerika

Diese Entwicklungen sind international, zeigen sich aber besonders im Herzen der Bestie. Ein Imperium gibt seine Macht nicht freiwillig ab, auch nicht das amerikanische. Der Trumpismus streift die Weste des Liberalismus ab, welche den USA so gute Dienste in der Vergangenheit geleistet hat. An seine Stelle treten stattdessen: Führerkult, Machtzentralisierung, Delegitimieren von Presse und Demokratie, sowie Bekämpfung der Feinde im Inneren. Dies ist sein Angebot

Die kapitalistische Tendenz zu Monopolen findet in der Machtfülle vom Silicon Valley und der immer engeren Verbindung zum Staat ihren Ausdruck. Es findet eine ungekannte Ausplünderung der öffentlichen Institutionen zum Vorteil der Unternehmen statt. Was die schrumpfenden Absatzmärkte ausgleichen soll, erhöht gleichzeitig die Krisenhaftigkeit, die innerhalb des kapitalistischen Systems unvermeidlich ist. Diese Auflistung macht deutlich: Ein Interesse an einem solchen Umbau gibt es nicht nur in den USA.

Auf der Schwelle zum Faschismus

Die USA sind noch keine offene terroristische Diktatur. Der Widerstand der Bevölkerung ist noch nicht gebrochen, der Faschismus noch nicht an der Macht. Die Arbeiter:innenklasse ist nicht so organisiert, wie sie es einmal gewesen ist, aber sie ist nicht machtlos. Auch die sozialen Medien dienen nicht nur einseitig den Herrschenden, sondern der Fluss von Informationen erlaubt auch das Organisieren von Widerstand. Die Trump Regierung taktiert und musste auch schon bei zu viel Widerstand nachgeben, wie zuletzt nach dem Generalstreik in Minnesota zu sehen war. Die Stärke des Faschismus war immer zuerst die Schwäche seiner Gegner. Noch halten sich die Kräfte, welche dem Trumpismus zu seinem faschistischen Extrem-



ist auch kein Zufall, dass sich seine Bewegung während dieser vier Jahre so radikalisiert hat. Trump ist jetzt so unbeliebt wie noch nie, aber auch Hitlers NSDAP hatte, als sie Teil der Regierung wurde und es zur Machtergreifung kam, bereits deutlich an Popularität eingebüßt. Dort wo demokratische Politiker:innen sich dem Trumpismus entgegenstellen, sind es vor allem diejenigen, die versuchen, sich von der Abhängigkeit zur Kapitalistenklasse loszulösen. Letztendlich kann nur eine unabhängige Partei der Arbeiter:innenklasse den Faschismus verhindern. Alle anderen Wege führen im besten Fall nur zu einem Spiel auf Zeit. Innerhalb des Kapitalismus mit seiner Tendenz zu Monopolen, Krisen und Krieg finden Faschist:innen immer wieder den Nährboden, den sie brauchen um an die Macht zu kommen. Wenn der Faschismus dazu dienen soll, den Widerstand der Arbeiter:innenklasse zu brechen und die Profitraten der Kapitalist:innen zu stabilisieren, so ist die Antwort nicht keinen Widerstand zu leisten, sondern anstelle des kapitalistischen Systems ein sozialistisches Gemeinwesen zu setzen, welches keine innere Tendenz mehr hat in den Faschismus abzustürzen. So kommen wir also zur Entscheidung zwischen Sozia-

punkt verhelfen wollen und jene, die sich nicht ganz von den Überresten des Liberalismus trennen möchten, auch in der Kapitalistenklasse die Waage und die Trump-Regierung ist weiterhin diesen Herren verpflichtet. Immer wieder versuchen Trumps treueste Gefolgsleute aber die faschistische Entwicklung voranzubringen. Man darf sich keinen Illusionen hingeben, selbst wenn der Trumpismus dabei scheitern sollte, die Wahlen abzuschaffen und seine Endziele zu erreichen, hört die Entwicklung in diese Richtung nicht mit ihm auf. Der Umbau des Staates, die Kriegstreiberei und der Krieg gegen die Arbeiter:innenklasse im Inneren sind alles Entwicklungen, welche im Interesse der herrschenden Klasse und in den letzten 14 Monaten mit Siebenmeilenstiefeln voran geschritten sind. Auch ein Regierungswechsel wird ohne den erfolgreichen Kampf der Arbeiter:innenklasse für Selbstbestimmung

» Der Umbau des Staates, die Kriegstreiberei und der Krieg gegen die Arbeiter:innenklasse im Inneren sind alles Entwicklungen, welche im Interesse der herrschenden Klasse sind. ... Die Demokrat:innen in den USA leisten deswegen so wenig Widerstand gegen den Trumpismus, weil sie der gleichen herrschenden Klasse verpflichtet sind. «

nicht die Gefahr des Faschismus in den USA oder in Europa bannen. Eine neue Regierung würde einfach dort ansetzen wo Trump aufgehört hat und große Teile seiner Agenda nicht rückgängig machen. Denn die Demokrat:innen in den USA leisten deswegen so wenig Widerstand gegen den Trumpismus, weil sie der gleichen herrschenden Klasse verpflichtet sind. Trump konnte nicht zufällig während der letzten demokratischen Regierung wieder an Popularität gewinnen. Es

lismus oder Barbarei welche schon Rosa Luxemburg erkannte. Die Alternative zum blinden Taumeln in den Faschismus, bei dem man sich immer wieder fragt, warum einen Politiker:innen verraten, ist und bleibt der entschiedene Kampf einer souveränen Arbeiter:innenklasse für den Sozialismus! ■

Kira Harper, Düsseldorf

Trump und Netanjahu: Hände weg vom Iran!

Unterstützung für die Kämpfe der Arbeitenden, der Frauen und der Jugend im Iran gegen die religiös-kapitalistische Diktatur!

Seit dem 28. 2. haben wir Gewissheit über das, was sich seit Wochen andeutete mit der Verlegung von immer mehr US-Truppen, Kriegsgerät und Flugzeugträgern in den Nahen Osten: Trump im Bündnis mit Netanjahu hat wieder einen Krieg vom Zaun gebrochen, der das Risiko eines Flächenbrandes mit sich bringt.

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob sich der 12-Tage-Krieg vom Juni 2025 wiederholt: Massive Bombardierungen durch USA und Israel gegen den Iran, der Iran schießt mit Raketen zurück, die zum Großteil abgefangen werden.

Sogar die Rechtfertigung ist dieselbe: Präventive „Selbstverteidigung“ wegen der „Bedrohung“ durch Irans Atomprogramm, was schon damals nicht stimmte!

Blanker Zynismus: Die Aufforderung zum Sturz des Regimes

Die US-amerikanischen oder israelischen Bomben haben nach iranischen Angaben schon eine Mädchenschule getroffen und dort über 100 Menschen getötet. In seiner Ansprache zum Beginn des Krieges hat Trump dem iranischen Volk erklärt, dass nun „die Stunde seiner Freiheit“ gekommen sei: „Wenn wir fertig sind [mit Bomben], dann übernimmt die Regierung. Sie wird euch hören.“

Tatsächlich gibt es Teile der iranischen Opposition, die Hoffnungen auf das militärische Eingreifen der USA setzen, um die verhasste Diktatur loszuwerden. Doch Trump als besonders brutaler Vertreter der imperialistischen Weltordnung will alles andere, als dass die Bevölkerung – egal in welchem Land – die Macht übernimmt. Das islamistische Regime loswerden, um eine US-treue Marionetten-Regierung zu installieren, das würde Trump und Co. hingegen passen. So könnte der US-Imperialismus noch mehr Kontrolle über die weltweiten Ölreserven und Handelswege bekommen. Immerhin wird durch die Straße von Hormus vor Irans Küsten ein Fünftel des weltweiten Ölhandels abgewickelt! Und so läuft sich der in den USA lebende Sohn des 1979 gestürzten Schahs – eines

blutigen Diktators und engen Verbündeten der USA – schon mal an der Seitenlinie warm, in der Hoffnung eingewechselt zu werden.

Doch wer im Iran Illusionen in eine Unterstützung durch den westlichen Imperialismus hatte, musste die bittere Erfahrung machen, dass Trump das Regime in aller Ruhe seine blutige Repressionswelle mit wohl mehr als 30.000 Toten hat durchführen lassen. Die Massenmobilisierung zum Jahreswechsel wurde brutaler als je zuvor niedergeschlagen. Und erst nachdem die iranischen „Revolutionsgarden“ ihr grausames Werk verrichtet hatten, war Trump nun der Meinung, dass die Kampfkraft der iranischen Bevölkerung so weit gebrochen ist, dass sein zynischer Aufruf zum Sturz des Regimes keine für die imperialistische Ordnung unkontrollierbaren Folgen haben wird.

Eine Arbeiter:innenklasse mit viel Kampferfahrung

Dabei hatte schon der 12-Tage-Krieg im letzten Jahr der wirklichen Opposition nicht genutzt, sondern geschadet. Im Frühjahr 2025 durchzog eine Welle von Streiks den Iran, mit dem Potenzial, der Macht der Mullahs die Macht einer kampferprobten Arbeiter:innenklasse entgegenzustellen. Durch den Krieg im Juni 2025, der es dem Regime ermöglichte die nationale Einheit zu beschwören, außerdem mithilfe des Kriegsrechts, wurde diese Streikwelle erstickt. Doch schon im August und September gab es neue Streiks, zum Beispiel von 4.000 Arbeiter:innen der Aluminiumfabrik IRALCO, die zusätzlich in einen 50-tägigen Hungerstreik traten, oder auch im Energiesektor, wie dem großen South-



Bei einer spontanen Kundgebung am 28. 2. 2026 in Berlin

Pars-Gasfeld. Auch während der Massenbewegung im Januar gab es dort Streiks und zuletzt Anfang Februar in einer Raffinerie in Assaluyeh.

Der „Oberste Religionsführer“ Chamenei ist durch die Bombardierungen getötet worden und die nahe Zukunft des Iran ist ungewiss. Die Aktivist:innen aus der Arbeiter:innenklasse, die die Repression des Regimes überlebt haben, müssen ihre Kämpfe weiterführen und selbstorganisiert für ihre Freiheit kämpfen. Damit könnten sie auch Trump einen Strich durch die Rechnung machen.

Erste Voraussetzung dafür ist, dass die imperialistischen Angriffe und Einmischungen aufhören. Dafür müssen wir uns einsetzen! Bundeskanzler Merz hat mit Macron und Starmer die Angriffe ... des Iran (!) verurteilt! Die Clique der imperialistischen Großmächte hält zusammen. Aber nicht in unserem Namen! ■

Stand: 1. 3. 2026

Richard Lux, Berlin

„Feldverwendungsfähig“

In Österreich wird derzeit über eine Volksbefragung zur Verlängerung der Wehrpflicht (aktuell 6 Monate) diskutiert. Die Frage ist aber nicht ob, sondern nur wie Grundwehr- und Zivildienst verlängert werden sollen. Mit dieser ideologischen Kriegsführung treiben die Herrschenden die Militarisierung der Gesellschaft weiter voran. Doch statt Illusionen in die Österreichische Neutralität braucht es Antimilitarismus und internationale Solidarität.

Auch Österreich will sich dem globalen Trend zur Aufrüstung nicht entziehen. Den europäischen Verbündeten möchte man zeigen, dass man Teil des europäischen Imperialismus ist und sein will. Österreich ist kein Mitglied der NATO, aber über UN-Missionen und nach dem EU-Beitritt 1995 zunehmend in europäische Militärstrukturen und -projekte eingebunden. 2025 fanden etwa rund 5.000 Militärtransporte durch Österreich statt (meist von NATO-Mitgliedsstaaten), eine Steigerung von 150 % gegenüber 2020.

Die Wehrpflicht wurde in Österreich 1955, zeitgleich mit der Neutralität, eingeführt. „Wehersatzdienst“ (Zivildienst) kann man seit 1975 leisten. Bis 1991 musste man allerdings erst die „Gewissenskommission“ überzeugen, warum man nicht mit der Waffe in der Hand dienen will. 2006 wurden Wehr- und Zivildienst auf sechs bzw. neun Monate verkürzt. Bei der Volksbefragung 2013 entschied sich eine knappe Mehrheit gegen die Einführung eines Berufsheers und für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Jetzt will man das lange vorherrschende Bild des Bundesheers als Lachnummer nachhaltig ändern. Statt Systemerhalten, die Kartoffeln schälen, ihre Zeit absitzen und vor allem saufen, sollen Grundwehrdiener nun „feldverwendungsfähig“ werden. Sie sollen darauf vorbereitet werden, am Schlachtfeld zu kämpfen und zu sterben. Neben der Verlängerung werden weitere Maßnahmen

diskutiert: die Ausweitung der 2021 eingeführten Teiltauglichkeit, die Wiedereinführung der Gewissenskommission sowie eine mögliche Wehrpflicht für Frauen.

Ob die von der ÖVP vorgeschlagene Volksbefragung kommt, ist fraglich. Derzeit wird unter allen Parteien nach einem breiten Schulterchluss für die Verlängerung von Grundwehr- und Zivildienst gesucht. Die Medien spielen brav mit und helfen ein Bild zu zeichnen, in dem es keine Alternative zu Militarisierung und Aufrüstung gibt. Aus der SPÖ kam zu Beginn der Debatte der Vorschlag, zusätzlich eine Volksbefragung zum Thema Reichensteuern abzuhalten. Die ÖVP entgegnete: Das sei im Gegensatz zur Militarisierung ein ideologisches Thema...

An der Neutralität wollen alle Parteien, außer die NEOS, festhalten. Die FPÖ ist auch für Aufrüstung, inszeniert sich aber als einziger Garant der Neutralität und kritisiert die stärkeren Verbindungen mit NATO-Staaten. Denn sie favorisiert eine Politik des „Ausgleichs“ mit Putins Russland. Die Neutralität ist nur ein vermeintlicher Schutz gegen die Involvement in imperialistische Kriege und ist nicht vom Nationalismus der Herrschenden zu trennen. Wir stellen uns gegen die Aufrüstung Österreichs, egal ob als Teil des europäischen Imperialismus oder als vermeintlich „neutrale“ Insel. Hoch die internationale Solidarität!

Johannes Wolf, Wien

Österreichs Industrie, Krieg und Völkermord

Derzeit wird das Bundesheer unter anderem mit 225 „Pandur“-Radpanzern der österreichischen Firma GDELS-Steyr beliefert, die dabei mit dem israelischen Rüstungskonzern ELBIT Systems kooperiert: Die Panzer werden mit dessen „Crossbow“-Mörserturm ausgestattet, der damit zum ersten Mal verkauft wurde. Seit Sommer beschafft das Bundesheer außerdem in einer ersten Tranche 315 Aufklärungsdrohnen von ELBIT. Die Technologie der Drohnen vom Typ „Magni-X“ wurde „im realen Betrieb“ getestet – was de facto bedeutet, bereits

im „Krieg“ gegen die Palästinenser:innen verwendet worden zu sein. Die Motoren der oberösterreichischen Firma Rotax wiederum finden sich offenbar in bis zur Hälfte der Kampfdrohnen „Hermes 900“ der israelischen Armee, sowie anderen Armeedrohnen an Kriegsverbrechen beteiligter Staaten. Dagegen wurde zuletzt mehrmals von verschiedenen Palästina- und Friedensinitiativen protestiert und Klage eingereicht. Die Aufrüstung Österreichs bedeutet also auch Kooperation mit der Rüstungsindustrie eines Staates, der einen Völkermord zu verantworten hat.

Jerry Emser, Wien

Zum Weiterlesen:

Österreich: 70 Jahre Wehrpflicht – und kein Ende in Sicht



Österreich: 70 Jahre Neutralität – ein überholtes Konzept?



Tarifrunde der Länder – kampflos in die Nullrunde

Kaum hatte die Tarifrunde für die ca. 1,3 Mio. Beschäftigten der Bundesländer angefangen, da war sie auch schon wieder vorbei. Obwohl an den verschiedenen Warnstreiktagen und auf Demonstrationen insgesamt mehrere Zehntausend Arbeitende teilnahmen, endete die Runde in den bekannten nächtelangen Geheimverhandlungen. Das Ergebnis ist mindestens als „nicht ausreichend“ zu bezeichnen ...

... viele Kolleg:innen finden allerdings im Pausenraum, in Gewerkschaftsversammlungen und in den sozialen Medien weit deutlichere Worte der Ablehnung. „Echt schlimm“, nannte es eine Kita-Kollegin aus Berlin, „ein totales Desaster“ ein Gewerkschafter aus Düsseldorf.

Was genau ist abgeschlossen worden?

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, fällt der Unterschied zwischen der Forderung „7 % mehr Lohn (mindestens 300 Euro) für 12 Monate“ und dem Abschluss „5 Nullmonate dann 2,8 % mehr ab April 2026, weitere 2 % mehr ab dem 1. März 2027 und zuletzt 1 % mehr im Januar 2028 bei Laufzeit von 27 Monaten“ ins Auge. Auch wenn diese drei Schritte zusammen 5,6 % ausmachen, so sind es aufs Jahr gerechnet nie mehr als zwei Prozent. Bleibt die Inflation beim Durchschnitt der letzten Monate – und damit beim Idealwert, den die Zentral-

bank empfiehlt – wird höchstens die Kaufkraft gehalten. Die großen Reallohnverluste durch die Teuerungen der letzten Jahre werden nicht ausgeglichen. Angesichts eines US-Präsidenten, der mit Zöllen um sich wirft, eines Kanzlers, der massiv Sozialleistungen abbauen will und einer Weltlage, die von Krise zu Krise wankt, ist es aber reines Glück, wenn die Inflation in den nächsten 27 Monaten stabil bleibt.

scher gewerkschaftlicher „Kampfbereich“. Da könne man eben nicht so viel rausholen, müsse froh sein, wenn es überhaupt einen Abschluss gäbe. Auf den ersten Blick scheint das zu stimmen – viele Kolleg:innen sind nicht in der Gewerkschaft, an den Schulen ist (zumindest in Westdeutschland) die allergrößte Anzahl der Lehrenden verbeamtet und nach herrschendem Rechtsverständnis mit „Streikverbot“ belegt.

» Der Weg zu besseren Löhnen führt nicht über den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern dadurch, dass wir uns organisieren – für morgen und heute! «

Laufzeit macht Kaufkraft zur Glückssache

Überhaupt ist die lange Laufzeit etwas, dass die aktiven Kolleg:innen sehr ärgert. Denn nach der deutschen Gesetzgebung (und dem Verständnis der allermeisten Gewerkschaftsfunktionär:innen) darf während eines laufenden Tarifvertrags für diese Forderungen nicht mehr gestreikt werden. „Friedenspflicht“ heißt dieser Vorsatz uns selbst wehrlos angreifen zu lassen. Natürlich kann – mit Kreativität und einem entsprechenden Kräfteverhältnis – auch trotz einer Friedenspflicht ein Streik für unsere Bedürfnisse geführt werden, aber es wird schwieriger. Und so ärgert es besonders, dass Vertreter:innen der Gewerkschaften sich z. B. am 10. Februar in Düsseldorf noch öffentlich über den Laufzeitvorschlag von 29 Monaten durch die Gegenseite aufregten ... um dann 27 Monate abzuschließen.

Aber was so ist, muss weder so sein, noch so bleiben. Die Welt ändert sich nur, wenn wir uns bewegen! Vor zwanzig Jahren galten auch Krankenhäuser als „streikunfähig“, weil „die Krankenschwestern“ die Patient:innen nicht alleine lassen könnten. Die wochenlangen, harten Streikkämpfe der Krankenhausbeschäftigten, gerade an den im TV-L organisierten Unikliniken wie dem UK Essen oder Düsseldorf und vielen anderen, haben das Gegenteil gezeigt. Mittlerweile gelten sie, zuletzt in den Warnstreiks dieser Tarifrunde, als gewerkschaftliche Streikschwerpunkte.

Und so ist insgesamt festzustellen, dass es sich gelohnt hat, auf der Straße gewesen zu sein und uns an Warnstreiks zu beteiligen. Der Weg zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen führt nicht über den frustrierten Austritt aus den Gewerkschaften, sondern darüber, dass wir von den Krankenhäusern lernen und uns an unseren Arbeitsplätzen organisieren – für morgen und für heute! ■

Jakob Erpel, Düsseldorf



Bei einer Streikdemonstration in Düsseldorf

Insgesamt ist der öffentliche Dienst der Länder aus Sicht der Funktionär:innen kein klassi-

Annie Ernaux: Das Ereignis

In diesem kurzen Roman beschreibt die Literaturnobelpreisträgerin schonungslos ihre illegale Abtreibung 1964. Genauso wie die Protagonistin selbst, werden Lesende in das Ereignis hineingeworfen. Ohne lange Vorgeschichte befinden wir uns in dem Moment, als die 23-jährige Annie ungewollt schwanger ist und „es“, wie sie selbst mehrfach schreibt „loswerden“ will. Das Davor und Danach werden irrelevant.

Die Erzählung über eine Zeitspanne von vier Monaten liest sich elendig länger als die beschriebene Dauer und zugleich kurz, sachlich kühl. Während sie existenzielle Absturzängste, Selbstzweifel, Scham und Todesangst durchlebt, sieht sie sich Ignoranz, Bloßstellung, Voyeurismus, Verachtung und Belästigung durch Andere ausgesetzt. Als erste Studentin einer Arbeiterfamilie aus Nordfrankreich scheint ihr die ungewollte Schwangerschaft damals als der logische Ruin ihrer Träume. Zugleich stimmt es einen Arzt milde, als er von ihrem Studierenden-Status erfährt: Er verschreibt ihr immerhin ein Antibiotikum. Blutvergiftung war ein reales Le-

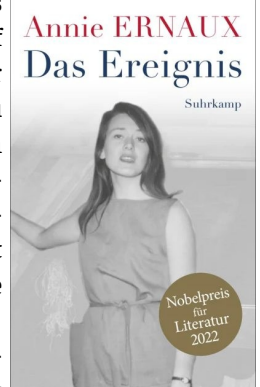
bensrisiko bei illegaler Abtreibung, wie ihr kurz darauf eine Kommilitonin aus Erfahrung berichtet, die den Kontakt zur „Engelmacherin“ herstellt.

Ihre Erzählung ergänzt Ernaux immer wieder durch Kommentare über den Schreibprozess. Sie begreift die Erzählung als Aufgabe gegenüber allen Frauen und reflektiert über ihre damaligen Gedanken, die sie nun anhand ihrer Tagebücher hervorholt, sowie über die Angst vor der Niederschrift des Ereignisses.

Das Nachempfinden der Gedankenwelt einer jungen Frau, deren Boden unter den Füßen wegen einer ungewollten Schwangerschaft bricht, während die

Welt um sie nichts davon wissen darf oder will, ist für jede Person zu empfehlen. Auch wenn eine Abtreibung in Westeuropa heute nicht mehr die gleiche Stigmatisierung und Kriminalisierung erfährt, ist der Umgang noch von Bildung und Geld abhängig und weltweit trifft die Erzählung so oder noch schlimmer auf große Teile der Frauen zu. ■

Roberta Moriam, Düsseldorf



Die Stimme von Hind Rajab

Als die Regisseurin Kaouther Ben Hania im Dezember 2024 die Audioaufzeichnungen von Hind Rajab hörte, entschied sie, einen Film darüber zu machen. Die Stimme des Mädchens, das in Gaza stundenlang auf Rettung wartete, war vom Roten Halbmond aufgenommen und ihr zur Verfügung gestellt worden.

Es ist ein eindruckliches Gespräch. In unterbrochenen Telefonaten ruft das Mädchen um Hilfe und schildert, was sie im Auto umgibt: Die Körper von sechs Familienmitgliedern, die kurz zuvor von der israelischen Armee erschossen worden waren. Dem fünfjährigen Kind ist klar, dass die Schüsse nicht aufhören. Als sie schließlich selber getroffen wird, sagt sie ruhig, sie werde sterben.

Diese Originalaufnahmen bilden den dokumentarischen Kern des Films und machen ihn zutiefst berührend.

Der Film ist als eine sogenannte Doku-Fiktion angelegt, in der vor allem die Reaktion der Mitarbeitenden des Roten Halbmondes gezeigt wird, gespielt von

Schauspieler:innen. Während der Telefonate entwickelt sich eine intensive Beziehung – bis grünes Licht für eine Rettung gegeben wird.

Der Film endet mit einem Foto der zwei eingesetzten Mitarbeiter des Roten Halbmonds, die bei der Rettungsaktion ermordet wurden.

Was hinter den Begriffen „Einsatz“ oder „Operation“ des israelischen Militärs in Gaza steht, ist das Grauen, das im Film gezeigt wird: Die Fortsetzung eines Genozids an den Palästinenser:innen, der seit 2023 Zehntausende Opfer gefordert hat, darunter viele Kinder. Die Qual von Hind Rajab ist nur ein Beispiel für das, was weiterhin geschieht.

Alle, die an der Grausamkeit der israeli-

schen Armee zweifeln, werden durch diesen Film eines Besseren belehrt. Umso verständlicher, dass die Regisseurin den Preis von Cinema for Peace in Berlin am 16. 2. 26 ablehnte und deutlich machte: „Frieden ist kein Parfüm, das man über Gewalt sprüht [...] Und Kino ist keine ästhetische Weißwaschung“, denn der gleiche Preis wurde auch an einen israelischen General gegeben. ■



Lorenz Wassier, Berlin

Kinofilm, 96 Minuten, Arabisch mit englischen (OmeU) oder deutschen (OmdU) Untertiteln.

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

11:30 Uhr | Oranienplatz

So, 8. 3. Demo zum Feministischen Kampftag

19:00 Uhr | Begegnungsstätte „Mehr Mitte“, Torstr. 190

Mo, 9. 3. Sozialabbau für Munition? Unsere Antwort: Feminismus, Streik und Revolution!

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 26. 3. Filmabend zu Migration: Duvarlar – Mauern – Walls

DÜSSELDORF

15:00 Uhr | Gustaf-Gründgens-Platz

Sa, 7. 3. Demo zum Feministischen Kampftag

19:00 Uhr | Solaris, Kopernikus Str. 53

Mo, 9. 3. Sozialabbau für Munition? Unsere Antwort: Feminismus, Streik und Revolution!

ONLINE (Link auf Anfrage)

Mo, 9. 3. Sozialabbau für Munition? Unsere Antwort: Feminismus, Streik und Revolution!

INTERNATIONAL

28. 7. - 2. 8. 2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](https://www.instagram.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.facebook.com/rsoorganisation)



Revolutionär Sozialistische Organisation



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/